

„Kohl-Protokolle“: Der „Einheitskanzler“ missachtet die DDR-Bürgerbewegung

Zugegeben, bei mir hat auch das Argument, das Buch als Rarität zu kaufen, eine wichtige Rolle gespielt. Und auf die Nachricht hin, Helmut Kohl klagt gegen die Veröffentlichung von „Vermächtnis. Die Kohl-Protokolle“ seines früheren Biographen Heribert Schwan, wollte ich schnell handeln.

Ich wurde nach kurzer Suche im Internet bei einem Händler fündig, der betonte, er liefere das Buch sofort aus – noch bevor Kohl Schwärzungen durchsetzen könne oder das Projekt möglicherweise komplett stoppe. Das war freilich ganz schlechtes Timing: nur zwei Tage später meldeten die Agenturen, Kohl habe seine Beschwerde zurückgezogen. Experten gehen trotzdem von einem juristischen Tauziehen aus, wir werden sehen, ob mein Kauf noch zur Geldanlage wird...

Bleibt zunächst ein Buch, mit dem zuallererst ein Journalist mit Kohl abrechnet. Schwan war beauftragt, dessen Biographie(n) zu schreiben, als „Ghostwriter“. Dazu hat er Interviews mit Kohl geführt, ab 2001 über 600 Stunden lang. Das ging auch einige Bücher lang gut. Doch dann wurde er ge feuert – auf Betreiben der neuen Kohl-Ehefrau Maike Kohl-Richter, wie er vermutet. Die Neue, 34 Jahre jünger als Kohl, wolle die Deutungshoheit über die Biographie des Ex-Kanzlers erlangen, mutmaßt Schwan wohl nicht ohne

Grund. Die Kassetten mit den Interviews musste Schwan auf einen Gerichtsbeschluss hin bereits an Kohl zurückgeben – er besitzt aber, wie er freimütig zugibt, Kopien und Verschriftungen. Heribert Prantl, Journalist und Jurist (sogar Richter), leugnet (dabei ausschließlich juristisch und nicht journalistisch argumentierend) in der Süddeutschen Zeitung übrigens ein so großes öffentliches Interesse, dass Kohls Rechte einfach „mittels eines Buches beiseitegeräumt werden“.

Von Feinden umzingelt

Besteht das Buch nun nur aus saftigen Pöbeleien Kohls gegen alle und Jeden (vor allem aus der CDU, wie Schwan betont), aus denen die Medien schon vor Erscheinen ausgiebig zitiert hatten? Nein, die sind immer wieder eingestreut in teils weitschweifige Erläuterungen, mit denen Schwan seinen Vertrauensbruch (denn darum handelt es sich zweifellos) plausibel machen will. Thüringer sind von dem Gepöbel nicht betroffen, nur Lothar Späth, zeitweise in Jena tätig, bekommt (ordentlich) sein Fett weg („Schaumschläger“, „degoutant“, Teil der Spiegel-„Mischpoke“). Den Studienfreund Bernhard Vogel sieht Kohl als wenig durchsetzungsstark.

Inhaltlich bleibt das Psychogramm eines Mannes, der trotz seiner immensen Macht und eines ausgefeilten

Herrschaftssystems, mit dem er die CDU über zweieinhalb Jahrzehnte dominierte, höchst unsicher blieb, sich stets von Feinden umzingelt sah – und der nach dem Machtverlust durch Abwahl und Spendenaffäre verbittert und rachsüchtig war. Bedrückend: Kohl fehlt jedes Unrechtsbewusstsein dafür, mit dem mafiosen „Ehrenwort“ seinen Amtseid als Kanzler gebrochen zu haben. In der Flick-Affäre hatte er sich seinerzeit 79mal (!) auf „Gedächtnislücken“ herausgeredet...

Bei Spiegel Online glaubt Jacob Augstein, „allein das Urteil des Altkanzlers zur Genese der deutschen Einheit ist das Buch wert“. Für Mitglieder der DDR-Bürgerbewegung dürfte es aufschlussreich sein, was der damalige CDU-Vorsitzende und als „Einheitskanzler“ glorifizierte Kohl über sie denkt, wenn er schreibt: „Es ist ganz falsch, so zu tun, als wäre da plötzlich der Heilige Geist über die Plätze in Leipzig gekommen und hat die Welt verändert“. Es seien, so missachtend äußert sich Kohl über die DDR-Bürgerbewegung, doch nur die ökonomischen Interessen der Sowjetunion gewesen, die zum Ende der DDR führten.

Stefan Wogawa

Heribert Schwan / Tilman Jens: Vermächtnis. Die Kohl-Protokolle Heyne Verlag, 256 Seiten, ISBN: 978-3-453-20077-7, 19,99 EUR ■

Jede Unterstützung für NSU-Ausschuss in Baden-Württemberg

Katharina König, LINKE-Landtagsabgeordnete und ehemalige Obfrau ihrer Fraktion im Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss, sagte zu der am 17. Oktober veröffentlichten Erklärung der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, dass diese einen Untersuchungsausschuss zum NSU-Komplex beantragen werde: „Über Jahre wurde die Einsetzung eines NSU-Untersuchungsausschusses in Baden-Württemberg überparteilich und außerparlamentarisch gefordert. Es ist erfreulich, dass sich die SPD-Fraktion vor Ort nun dafür einsetzt.“

Katharina König verwies auf die diversen Verbindungen Thüringer Neonazis nach Baden-Württemberg sowie die bisher ungeklärten Fragen rund um den Mord an der Polizistin Kiesewetter und erklärte dazu: „Nur Teile davon können wir in einem zukünftigen Thüringer Untersuchungsausschuss bearbeiten, zur Aufklärung des Mordes wie auch des NSU-Komplexes im Gesamten ist ein Untersuchungsausschuss in Baden-Württemberg dringend nötig.“

Die Landtagsabgeordnete der LINKEN bot dem zukünftigen Untersuchungsausschuss Kooperation an und betonte: „Insbesondere zu den Verbindungen zwischen Thüringer und Baden-Württemberger Neonazis konnten wir im und über den Thüringer Ausschuss Erkenntnisse erlangen, welche wir gern zur Verfügung stellen.“

SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel hatte zum angekündigten Antrag seiner Fraktion auf Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zu den NSU-Morden unterstrichen, dass dies notwendig sei, da die Enquete-Kommission zu diesem Thema in keinem guten Zustand sei und eine Pause brauche. Katja Mast, Generalsekretärin der SPD Baden-Württemberg, begrüßte den Vorschlag der SPD-Fraktion: „Das ganze Thema ist viel zu ernst, als dass dies in Verfahrenstreitigkeiten in der bisherigen Enquete untergehen dürfte. Mit einem Untersuchungsausschuss eröffnet sich nun die Chance, die Machenschaften des NSU in der Vergangenheit aufzudecken. Wir als SPD werden dabei bei unserem gesellschaftspolitischen Kampf gegen Rechtsextremismus heute und in Zukunft nicht nachlassen.“

In der Woche bis zum 24. Oktober sollen im Stuttgarter Landtag erste Entscheidungen für die Einrichtung dieses Untersuchungsausschusses fallen. Sowohl der Ausschussvorsitz als auch die Besetzung der Obmann-Posten könnten relativ zügig festgelegt werden, so die Grünen-Fraktion. Eventuell könnten auch schon Gespräche über die Formulierung des Einsetzungsauftrags aufgenommen werden. Ziel der Regierungsfaktionen – in Baden-Württemberg sind die Grünen in einer Koalition mit der SPD – bleibe es, alle Fraktionen an Bord zu holen und

einen gemeinsamen Auftrag zu formulieren. Der Ausschussvorsitz fällt der SPD-Fraktion zu. Untersucht werden soll, welche persönlichen Verbindungen der NSU-Rechtsterroristen nach Baden-Württemberg existierten und ob es hier Unterstützerstrukturen gab.

Auch der mutmaßliche NSU-Mord an der Polizistin Michele Kiesewetter in Heilbronn soll genauer betrachtet werden. Liegen die Ergebnisse des Ausschusses vor, soll die zerstrittene Enquete-Kommission zum Thema Rechtsextremismus ihre Arbeit wieder aufnehmen und über weitere Maßnahmen beraten – u.a. was Präventionsfragen anbelangt. ■

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Vertrauen verspielt

Die künftige EU-Kommission wirft ihre Schatten voraus. Das Proporzgehebe von Staaten und Parteienbündnissen führt zu einer Mannschaft des Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, die teils kläglich, teils bedrohlich wirkt.

Die Slowenin Alenka Bratusek etwa, vorgesehen als Verantwortliche für die EU-Verkehrsunion, fiel bei der Anhörung vor dem Europaparlament durch. Die Gründe: Fehlende Sachkenntnisse und der anrühige Verdacht, sich als bereits abgewählte Regierungschefin quasi selbst für den EU-Spitzenposten nominiert zu haben. Ersatzkandidatin ist Violeta Bulc. Sie soll für die Verkehrspolitik zuständig sein und einen Hang zur Esoterik haben.

Der Ungar Tibor Navracsics von der rechtskonservativen Fidesz-Partei wird doch nicht EU-Kulturkommissar. Dass jemand, der als ungarischer Justizminister für Gesetze zur Einschränkung der Pressefreiheit verantwortlich zeichnete, überhaupt für diesen Posten vorgesehen war, ist der eigentliche Skandal. Navracsics wird wohl trotzdem EU-Kommissar und erhält nur ein anderes Ressort.

Anrühig kommt auch der Finanzmarktkommissar daher, der Brite Jonathan Hill. Er musste zweimal in die Parlamentsanhörung, da er zunächst nicht schlüssig erläutern konnte, wie er als langjähriger Finanzlobbyist (für die Großbank HSBC und Londons Börse) in das auch für die Finanzmarktregulierung zuständige Amt passt.

Zu den Lobbyisten zählt ebenso der Spanier Miguel Arias Canete, der EU-Energiekommissar werden soll. Er hat erst im September zugesagt, sich von seinen Aktien der Ölunternehmen Petrolífera Ducar und Petrologis Canarias zu trennen. Die Beispiele zeigen: mit ihren Vorschlägen für das EU-Exekutivorgan verspielen Juncker und die ihn stützenden politischen Kräfte weiter fahrlässig Vertrauen. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.